

America Alert

Informationsservice des Washingtoner Büros der FES

Ausgabe 2/2005 – 09.März 2005

Sinkende Mitgliedszahlen bei den U.S. Gewerkschaften

Die Mitgliedszahlen der amerikanischen Gewerkschaften schrumpfen. Waren im Jahr 2003 noch 12,9% der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, so zählten die Gewerkschaften im Jahre 2004 nur noch 12,5% als Mitglieder. 1983 lag die Gewerkschaftsmitgliedschaft noch bei 20,1%. Seither ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad stetig abgefallen. Die wichtigsten Fakten aus dem Jahr 2004 beinhalten:

- Nur 8% der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft gehören 2004 einer Gewerkschaft an. Im öffentlichen Dienst gibt es 36% Gewerkschaftsmitglieder.

- Zwei Berufsgruppen sind besonders gut gewerkschaftlich organisiert: Die Berufsgruppe der Lehrer, Ausbilder und Bibliothekare, sowie Schutzeinheiten, wie Feuerwehrangehörige und Polizisten. Mit jeweils 37% haben sie den größten Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern.
- Nach wie vor neigen eher Männer als Frauen dazu, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein.
- Aus der Gruppe männlicher Arbeiternehmer sind es wiederum Afroamerikaner, die eher zu einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft neigen als andere, z.B. weiße -, asiatische - und Latino-Amerikaner.

Die Frage ist, ob sich dieser Trend auch weiterhin fortsetzt.

Alle bisherigen Bemühungen der amerikanischen Gewerkschaften, den Trend umzudrehen, waren wenig erfolgreich. Der AFL/CIO wird im Sommer dieses Jahres einen weiteren Anlauf machen, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen, denn auch im öffentlichen Dienst ging der Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder um 0,8% zurück. In der Privatwirtschaft halbierte sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder seit 1983 und liegt seit 2004 nur noch bei 7,9%.

Innerhalb des kommunalen öffentlichen Dienstes wurde mit 41,3% die höchste Rate der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verzeichnet. Besonders Lehrer, Polizisten und Feuerwehrangehörige zählen zu dieser Gruppe.

Unter den privatwirtschaftlichen Gewerkschaftsmitgliedern ragen mit 24,9% die Transport- und Versorgungseinrichtungen heraus. Es folgen die Bauindustrie mit 14,7%, die IT-Branche mit 14,2% sowie die Fertigungsindustrie mit 12,9%, die alle über dem o.g. Durchschnitt liegen. Banken und Versicherungen liegen mit 2,0% Gewerkschaftsmitgliedern weit unter dem Durchschnitt.

Demographische Merkmale

Ein auffallender Trend ist, dass die Kluft zwischen männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliederzahlen stetig kleiner wird. Im Jahre 2004 waren 13,8% der männlichen arbeitenden Bevölkerung Mitglied einer Gewerkschaft. Bei den Frauen waren es 11,1%. 1983 lag der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Männer noch 10 Prozentpunkte über dem der Frauen.

Afroamerikaner haben mit 15,1% den höchsten Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern. Es folgen weiße - (12,2%), asiatische - (11,4%) sowie Latino-Amerikaner mit 10,1%.

Bezogen auf die verschiedenen Altersgruppen wird deutlich, dass ältere Berufstätige eher zu einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft neigen als jüngere. Nur 4,7% der 16-24 jährigen Berufstätigen waren 2004 Mitglied einer Gewerkschaft. Demgegenüber waren 17,0% der 45-54 jährigen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert.

Geographische Aufteilung der Gewerkschaftsmitglieder

Fast zwei Drittel (32) aller Bundesstaaten der USA verzeichneten 2004 gewerkschaftliche Mitgliedszahlen, die unter dem U.S. amerikanischen Durchschnitt lagen. Nur vier Einzelstaaten hatten eine Mitgliedschaft in Gewerkschaften von mehr als 20%: New York mit 25,3%, Hawaii mit 23,7%, Michigan mit 21,6% und Alaska mit 20,1%. Demgegenüber stehen vier Staaten, die 2004 eine Mitgliedschaft unter 5% hatten: Arkansas und Mississippi mit jeweils 4,8% sowie North Carolina mit 2,7% und South Carolina mit 3,0%. Die beiden letztgenannten Staaten führen den Organisations-Tiefstand schon seit Jahren an. Die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder lebt in den folgenden sechs Staaten: Kalifornien (2,4 Millionen), New York (2,0 Millionen), Michigan, Illinois, Pennsylvania und Ohio.

Der Negativtrend

Während 1945 noch ein Drittel der arbeitenden U.S. Bevölkerung auch Gewerkschaftsmitglieder waren, fiel die Mitgliedschaft bis 1979 auf 24,1%, bis 1998 auf 13,9 und bis 2004 auf 12,5% ab. Der Negativtrend ist deutlich erkennbar und seit nunmehr 60 Jahren kontinuierlich. Mit schwachen Mitgliederzahlen sinkt auch der politische Einfluss, den Gewerkschaften traditionell vorweisen konnten. Das Werben für oder gegen einen politischen Kandidaten fällt heute in Gewerkschaftskreisen schwerer als in vergangenen Dekaden. Insbesondere die Verschärfung des in- wie ausländischen Wettbewerbs versetzt Gewerkschaften, mit ihren Forderungen nach besseren Gehalts- und Sozialleistungen, in eine oppositionelle Rolle nicht nur zu Unternehmern, sondern auch zur jetzigen Administration. Die 80er und 90er Jahre haben jedoch gezeigt, dass Streiks immer weniger zum gewünschten Ziel der Gewerkschaften führen.

Viele Industriezweige verlegen ihre Standorte nicht nur in den Süden und Westen der Vereinigten Staaten, Gebiete also, die traditionell nur schwache Gewerkschaftsarbeit aufweisen können, sondern immer mehr auch ganze Produktionszweige ins Ausland: nach Mexiko und Lateinamerika und mehr und mehr auch nach Indien und China. Outsourcing und Globalisierung haben hier eine Entwicklung eingeleitet, die Wirtschaftsgiganten wie Wal-Mart in die Hände spielen und Gewerkschaftsbemühungen aussichtslos machen. Wal-Mart lehnt die gewerkschaftliche Organisation seiner Angestellten bisher vehement ab und droht bisweilen sogar mit Filialschließung, wenn Angestellte nach gewerkschaftlicher Bindung verlangen. Der Zuwachs der Serviceindustrie ist ein weiterer Faktor gewerkschaftlicher Schwäche. Besonders Frauen, junge Menschen sowie Zeit- und Teilzeitarbeitnehmer gehören diesem neuen und relativ jungen Arbeitsmarkt an und sie sind für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft wenig empfänglich.

Unabhängigkeit ist seit dem rasanten Aufstieg der Hightech Computerfirmen vielen jungen Arbeitnehmern wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer Organisation, die ihrer Meinung nach Unabhängigkeit eher einengt. Hinzu kommt, dass Ende 1999 die Arbeitslosenquote sogar auf 4,1% zurückging. Das gibt vielen Amerikanern das Gefühl in einem Land der unbegrenzten Möglichkeiten zu leben. Unmittelbar nach dem 11. September 2001 und der damit verbundenen flachen Rezession, stieg die Arbeitslosigkeit wieder an, ging jedoch seit 2002 wieder zurück und liegt heute bei 5,2%, was einer Anzahl von 7,7 Millionen Erwerbslosen entspricht.

Mindestloohnerhöhung vom Senat abgelehnt

Der Senat hat Anfang März gegen eine Erhöhung des Mindestlohns gestimmt. Alternativ-Vorschläge zu einer schrittweisen Anhebung des Mindestlohns standen zwar zur Debatte, konnten jedoch keine Mehrheit finden. Derzeit liegt der nationale Mindestlohn bei \$5,15 je Stunde. Die Demokraten wollten eine Anhebung des Mindeststundenlohns um \$2,10 während der nächsten 26 Monate, auf dann 7,25 Dollar. Dies wurde durch die Republikanische Senatsmehrheit verhindert mit dem Argument, dass eine solche Erhöhung des Mindestlohns für die amerikanische Wirtschaft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu verkraften sei. Mit einem Republikanischen Gegenvorschlag, den Mindestlohn schrittweise in den nächsten 18 Monaten um 1,10 Dollar je Stunde zu erhöhen, konnten sich neben den Demokraten auch zahlreiche Republikanische Senatoren - wenn auch aus anderen Gründen - nicht einverstanden erklären.

Washington, den 09.03.2005 (Dieter Dettke, Michael Czogalla)

Quelle: U.S. Department of Labor – Bureau of Labor Statistics

Washington Post